

# urgewald



CHINA & INFRASTRUKTUR



## Newsletter

30.10.2023

### Liebe Chinainteressierte,

die letzten zwei Monate waren gespickt mit globalen und lokalen Gipfeltreffen, G20, G7, C5, Jahrestagungen der Asiatischen Infrastruktur Investitionsbank, der Weltbank/IMF, und die große Klimakonferenz in Dubai steht noch bevor. Wir waren auf manchen dabei, andere haben wir beobachtet und für euch/ Sie Chinas Rolle in diesen Foren hier zusammengetragen.

Ein zunehmendes Problem: Schulden, massive Investitionen in Fossile (und Erneuerbare) und der abnehmende Spielraum für zivilgesellschaftliche Partizipation. Das bereitet große Sorgen. Wir erfahren von unseren asiatischen Kolleg\*innen, wie sie sich Verfolgung und Bedrohung aussetzen. Das stachelt uns aber nur noch mehr an, uns für die Aufrechterhaltung der Kommunikationskanäle einzusetzen, z.B. indem wir sie nach Deutschland einladen und sie in Kontakt mit Parlamentarier\*innen bringen.

All dies und noch viel mehr ist Thema in diesem Newsletter,

Damit ihr euch selbst ein Bild machen könnt.

Handwritten signature of Nora Sauer in black ink.

Handwritten signature of Judith Hentschel in black ink.

Eure/Ihre Nora und Judith

Themen im Newsletter:

[Außenpolitik](#)

[China Innenpolitik](#)

[Afrika und China](#)

## Außenpolitik

# 10 Jahre Belt and Road Initiative

Am 7. September 2013 kündigte Chinas Präsident Xi Jinping den Aufbau eines „Wirtschaftsgürtels der [Neuen Seidenstraße](#)“ an. Die später in „[Belt and Road Initiative](#)“ (BRI) umbenannten Projekte sollten u.a. die inländischen Überkapazitäten abbauen, diplomatische Ziele erreichen und gleichzeitig anderen Ländern Finanzmittel für ihre Infrastruktur zur Verfügung stellen. Mittlerweile haben 148 Länder Absichtserklärungen unterschrieben, somit ist die BRI die weltweit größte auf Infrastruktur fokussierte Entwicklungsinitiative. Die zahlreichen Investitionsprojekte wie Hochgeschwindigkeits-Schienennetze, Energieinfrastruktur und Bergbauvorhaben haben dazu beigetragen, dass China zu einem der [wichtigsten Gläubiger der Welt](#) geworden ist. Die Ausweitung der BRI hat große Auswirkungen auf die Umwelt, Land- und Energienutzung. Insbesondere die Umweltfolgen wurden oft kritisiert. Von 2013 bis 2017 lag im Energiesektor der Schwerpunkt auf fossilen Brennstoffen. Als China unter internationalen Druck geriet, reagierte die Regierung mit der Verabschiedung einer „grünen“ BRI-Politik. 2021 erklärte China, keine neuen Kohlekraftwerke im Rahmen der BRI mehr zu finanzieren. Maßnahmen zur Regulierung von Klima- und Umweltschutz bleiben jedoch wirkungslos, da sie auf der Selbstauskunft der chinesischen Unternehmen beruhen. Zusätzlich machen es Vertraulichkeitsklauseln und undurchsichtige Verträge sowie eingeschränkte Mitwirkungsräume der Zivilgesellschaft schwierig, unabhängige Kontrolle oder Widerstand auszuüben. Vom 17. bis 18. Oktober fand in Beijing das dritte [Belt-and-Road Forum](#) statt. Russlands Präsident Wladimir Putin war Ehrengast. 36 Staatsoberhäupter waren vertreten, und damit wurde fast die Höchstzahl von 2019 wieder erreicht. Allerdings blieben außer Viktor Orbán, Ministerpräsident von Ungarn, die Europäer\*innen dieses Mal zuhause. Xi definierte in seiner Eingangsrede die BRI 2.0 nun als „small and beautiful“ (小而美). Schon 2021 nutzte er diesen Ausdruck, um kleinere Hilfsprojekte zu beschreiben. Die Finanzierung der BRI durch chinesische Staatsbanken ist in den letzten Jahren massiv zurückgegangen – eine Folge von Maßnahmen der Finanzaufsichtsbehörden, die seit 2016 versuchen, den Bankensektor zu entschulden. Gleichzeitig erhöht die Ausweitung der BRI das Risiko der Kredit-Empfängerländer, sich weiter zu verschulden. Eine Entwicklung, die durch die Covid-19-Pandemie verschlimmert wurde.

## Chinas Investitionen in Erneuerbare

Vor zwei Jahren versprach der chinesische Präsident Xi eine [grüne Wende](#). Bisher wurden jedoch nur wenige Projekte für erneuerbare Energie im Rahmen der „Belt and Road Initiative“ (BRI) abgeschlossen. Immerhin wurden in diesem Jahr einige Projekte angekündigt, wie der 123-MW-Solarpark in Südafrika, der von Energy China gebaut wird. Doch häufig werden bei diesen Projekten Menschenrechte verletzt. Auch das Versprechen von 2021, nicht mehr in neue Kohlekraftwerke zu investieren, ist schwer zu überprüfen: Oft werden existierende Kohlekraftwerke modernisiert, dies gilt dann nicht als neue Investition.

Darüber hinaus investierten chinesische Firmen auch nach 2021 in einige neue Kohlekraftwerksprojekte, wie ein [1,5-GW-Kohlekraftwerk in Indonesien](#). Gleichzeitig sind die gestoppten Kohlekraftprojekte nicht in Projekte für erneuerbare Energien umgewandelt worden. Darüber hinaus zeigen urgewalds neueste [Global Coal Exit List-Daten](#), dass China für zwei Drittel der weltweit geplanten neuen Kohlekraftwerkskapazitäten verantwortlich ist. Zudem ist das staatliche Unternehmen China Energy mit 169 Millionen Tonnen neuer Kohleproduktion pro Jahr der zweitgrößte Kohleminenentwickler der Welt.

## G20-Gipfel ohne China

Der diesjährige [G20-Gipfel](#) fand vom 9.-10. September in der indischen Hauptstadt Delhi statt. Indiens Premierminister Modi präsentierte sein Land als globale Großmacht und sich selbst als wichtige Führungspersonlichkeit. Sowohl Russlands Präsident Putin als auch Chinas Präsident Xi blieben dem Gipfel fern. Die Aufnahme der [Afrikanischen Union](#) als neues Mitglied markierte eines der wenigen Highlights des Treffens. Weitere Fortschritte könnten sich aus der gemeinsamen Zusage der G20-Regierungschef\*innen ergeben, die Stromkapazität aus erneuerbaren Energien bis 2030 zu verdreifachen. Die USA, Indien, Saudi-Arabien und die EU kündigten ein neues Netz von Eisenbahn- und Schifffahrtsrouten als Gegengewicht zu Chinas „Belt and Road Initiative“ (BRI) an. Die EU

sagte zu, das [Global Gateway Programm](#) mit 300 Milliarden Euro zwischen 2021 und 2027 zu unterstützen. Die Abwesenheit Xis veranlasste die USA zu der Aussage, China gebe die G20 auf und baue eine [alternative Weltordnung](#) auf. Der chinesische Außenminister Wang kündigte wiederum an, in diesem Jahr eine konstruktive Rolle für den Erfolg der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC) spielen zu wollen.

## Chinas Image und internationale Beziehungen

China verstärkt seine Bemühungen den [internationalen Diskurs](#) zu kontrollieren. Die Volksrepublik betrachtet ihr globales Image als Teil ihres Hoheitsgebiets. Unter Xi bedeutet dies dafür zu sorgen, dass China „nicht mehr getadelt“ wird. Die Liste an verbotenen Themen ist in den letzten Jahren erheblich gewachsen und umfasst territoriale und Menschenrechtsfragen sowie jegliche unerwünschte Einschätzung über die Entwicklung Chinas. Um ihre Geschichte „gut zu erzählen“ hat die Volksrepublik verschiedene Maßnahmen ergriffen. Durch Propaganda und Desinformation soll das Bild Chinas im Ausland verbessert werden, so dass es mit den staatlichen Darstellungen übereinstimmt. Einem Bericht der EU-Kommission zufolge hat China mehr als drei Milliarden Euro in europäische Medienkanäle investiert. Darüber hinaus nehmen Drohungen und Strafmaßnahmen gegen Regimegegner\*innen im Ausland zu. Auch Gesetze mit extraterritorialer Wirkung ([urgewald berichtete](#)) setzen zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Akteur\*innen gleichermaßen unter Druck.

## MDBs und Schulden

Sri Lanka steht unter großem Druck seine [Schulden](#) zu bezahlen. Doch gelang es dem Land nicht von China, seinem größten bilateralen Kreditgeber, einen konkreten Schuldenerlass zu erwirken. Da China nicht reagiert, wird der Zugang zu den dringend benötigten Finanzmitteln im Rahmen des drei Milliarden US-Dollar schweren Hilfsprogramms des Internationalen Währungsfonds (IWF) blockiert. Während sich die Schuldenkrise im Globalen Süden weiter ausbreitet, ist auch die mangelnde Beteiligung der [multilateralen Entwicklungsbanken](#) (MDBs) zu einem Streitpunkt unter den großen Gläubigern geworden. Würden sich alle MDBs an der Umschuldung der 61 notleidenden Länder beteiligen, würden die Schulden um insgesamt 39 Prozent reduziert. Ein Schuldenerlass ist zwar mit Kosten verbunden, es wäre aber eine wichtige Investition in die langfristige Stabilität und Entwicklung der schuldengeplagten Länder. Das Thema Schulden wurde auch auf dem [Treffen](#) des IWFs und der Weltbank-Gruppe im marokkanischen Marrakesch Anfang Oktober behandelt. Für den neuen Weltbank-Chef Ajay Banga gibt es keinen Zweifel daran, dass die globale Schuldenkrise eine Kapitalerhöhung beim IWF rechtfertigt. Eine Erhöhung der Kapitalanlagen u.a. durch China würde eventuell eine Verschiebung der Stimmrechte zugunsten der Volksrepublik bedeuten und ist daher umstritten. Auch Lateinamerika wirbt um Kredite der MDBs. Nun hat eine überparteiliche Gruppe von Gesetzgeber\*innen ein [Gesetz](#) über die Transparenz der Interamerikanischen Entwicklungsbank (Inter-American Development Bank Transparency Act) eingebracht. Es schränkt den Handlungsspielraum chinesischer Unternehmen ein, sich für Projekte der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) zu bewerben. Beschränkt wurde auch die Möglichkeit Chinas, mehr IDB-Anteile zu kaufen und mehr Stimmrechte innerhalb der Bank zu erwerben. Da US-Unternehmen aber nicht bereit sind, in die Region zu investieren, wird das Gesetz in seiner jetzigen Form der Entwicklung Lateinamerikas schaden, da es Investitionen, ob aus China oder anderen Ländern, behindert.



**#wbannuals**

**Unser bisheriges Fazit der Weltbank-Tagung:**

**Wir sind sehr unzufrieden. Unsere Kritik der letzten Monate hat sich leider bestätigt: Es geht vor Allem um mehr Geld welches schneller ausgegeben werden soll.**

"Der Glaube daran, dass mehr Geld mehr hilft, scheint ungebrochen. Es gibt berechtigte Sorgen darum, dass sich die bestehenden Probleme im Bereich der Menschenrechte verschlimmern und dass die zahlreichen Analysen, die die Förderung fossiler Energien aufzeigen, nicht ernst genommen werden!"

**– Dustin Schäfer, urgewald Campaigner**

**Chinesische Bergbauunternehmen unter Druck**



Landwirtinnen aus Dairi, Indonesien, können einen ersten Sieg gegen ein chinesisches Bergbauunternehmen feiern. Ein Gericht hat die Annullierung einer Umweltgenehmigung für PT Dairi Prima Mineral, ein mehrheitlich chinesisches Bergbauunternehmen mit Sitz in Indonesien, angeordnet. Das Urteil verpflichtet die indonesische Regierung, die im Jahr 2022 erteilte Genehmigung für den Abbau von Zink zu widerrufen. Die Dairi-Landwirtinnen, die von mehreren indonesischen zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt werden, erheben seit den 2000er Jahren Einspruch gegen den geplanten Bergbau und begründen dies mit der Bedrohung der Lebensgrundlagen der Gemeinde und der Gefahr einer humanitären Katastrophe. Die örtlichen Gemeinden erfuhren erst nach Ausgabe der Umweltlizenz von den Bauplänen, die unter anderem einen Absetzdammbau vorsehen, in dem giftige Abfälle flussaufwärts ihrer Dörfer gelagert werden sollen. Zusätzlich befindet sich die geplante Zinkmine in einer der [erdbebengefährdetsten Regionen](#) der Welt. Das Urteil ist jedoch möglicherweise noch nicht das letzte Wort. Das Umweltministerium kann gegen die Entscheidung Berufung bei einem höheren Gericht einlegen.

Zudem haben die kanadische und die britische Regierung unter Berufung auf nationale Sicherheitsbedenken mehrere chinesische Unternehmen aufgefordert, ihre Anteile in Lithiumbergbau- und Mikrochip-Unternehmen zu veräußern. Zuvor hatte der norwegische Ethikrat von Investitionen in Power Construction Group of China abgeraten. ([urgewald berichtete](#)).



*„We are farmers, we eat from the farm, we live from farming. From the land, not from lead“*

Landwirtinnen aus Dairi

---

## China Innenpolitik

### Zwischen Nachhaltigkeit und Kohle

Chinesische Finanzinstitute haben in den letzten zehn Jahren fast 40 Gigawatt an Kohlekraftwerken außerhalb Chinas finanziert. Wenn diese Kraftwerke über ihre gesamte geplante Lebensdauer von 30 Jahren in Betrieb bleiben, wird es unmöglich, die [Netto-Null-Kohleausstiegsziele](#) zu erreichen. Laut der Universität Boston gibt es mehrere Möglichkeiten, die Kohlekraftwerke früher abzuschalten, beispielsweise über einen [Subventionsmechanismus](#). China könnte so die Exportmärkte für erneuerbare Technologien erweitern, da diese die stillgelegten Kohlekraftwerke ersetzen würden. Dabei verfüge China über genügend Kapazitäten, sie müssten nur effizienter genutzt werden. Auch die Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) hat einen „Energy Transition Mechanism“ (ETM) entwickelt, der den Kohleausstieg beschleunigen soll. Doch ein [neuer Bericht](#) von Fair Finance Asia (FFA) und NGO Forum on ADB (das Forum) deckt

einige Mängel des CDMs auf. So werden Betroffene oft über Bedingungen der Stilllegung im Unklaren gelassen, während die Forderungen sozialer Bewegungen nach einem Öffentlich-rechenschaftspflichtigen Verfahren für den Ausstieg aus allen fossilen Brennstoffen ignoriert werden. Paradoxerweise überschattet die Anzahl der neu zugelassenen Kohlekraftwerke die Zahl der für die Stilllegung vorgesehenen Projekte. Der „[Clean Development Mechanism](#)“ (CDM) der UN wird ebenfalls kritisch gesehen. Klimaexperte Dr. Joseph Romm hält die CDM-Ausgleichsgutschriften für Emissionen für Greenwashing, da sie sich lediglich auf Kompensationen von Emissionen fokussieren. Ein weiterer Vorschlag, um den Kohleausstieg zu beschleunigen ist der Tausch von Schulden gegen [Klimagutschriften](#). So können Länder einen Schuldenerlass im Gegenzug für Maßnahmen zur Erreichung von Klimazielen erhalten. China wird in diesem Verfahren eine große Rolle spielen, da es der größte bilaterale Gläubiger ist. Die neuesten [Daten der Global Coal Exit List](#) zeigen jedoch, dass ein Kohleausstieg leider noch nicht in Sicht ist. Vor allem im Inland setzt China weiterhin auf Kohle. Vorläufigen Statistiken zufolge hat China im Jahr 2022 [neue Kohlekraftwerksprojekte](#) mit einer Leistung von 97,37 GW genehmigt, fast fünfmal so viel wie im Jahr 2021.



Kohlekraftwerk, Valeriy Kryukov

## Hetzjagd auf Offizielle und Zivilgesellschaft

Die Journalistin und Frauenrechtlerin Sophia Huang Xueqin und der Aktivist für Arbeitnehmerrechte Wang Jianbing stehen in China wegen mutmaßlicher „Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt“ [vor Gericht](#). Beide Angeklagten, die bereits seit zwei Jahren in Isolationshaft gehalten werden, sollen hetzerische Aussagen gegen den chinesischen Staat verbreitet haben. Der Prozess findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Huang war eine Schlüsselfigur in Chinas Frauenbewegung, Wang setzte sich für bessere Bildung auf dem Land, Behindertenrechte und bessere Arbeitsbedingungen ein. Das harte Vorgehen zeigt Chinas Angst gegenüber jeglicher Entwicklung unabhängiger Interessenvertretungs- und Aktionsnetzwerke. Auch vor der politischen Elite macht der chinesische Staat nicht halt. So wurde der [Verteidigungsminister Li Shangfu](#) am 24. Oktober entlassen, nachdem er zwei Monate nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen wurde. „Das passiert in China täglich“, so eine chinesische Kontaktperson. Auch der chinesische [Außenminister Qin Gang](#) verschwand im Sommer ohne Erklärung aus der Öffentlichkeit. Nur ein halbes Jahr nach seiner Ernennung, damals noch unterstützt durch Xi Jinping selbst, verkündeten die staatlichen Medien in wenigen Sätzen Qins Absetzung. Auf der [Webseite des Außenministeriums](#) wurden alle Artikel über Qin gelöscht. Es ist nicht klar, welchem Zweck die Entfernung

aller Qin-bezogenen Inhalte von der Webseite dienen soll, zumal viele dieser Berichte über andere Online-Kanäle noch verfügbar sind. Es spiegelt jedoch in beunruhigender Weise das undurchsichtige und unberechenbare politische System Chinas wider.

---

## Afrika und China

### Chinesische Investitionen und Umweltstandards

China ist für Afrika ein wichtiger Partner. Präsident Xi stattete Südafrika am 22. August einen Staatsbesuch ab. Die beiden Länder veröffentlichten eine [gemeinsame Erklärung](#), in der sie ihre Entschlossenheit bekräftigten ihre Zusammenarbeit weiter zu verstärken. Neue Daten der Boston University zeigen jedoch, dass China in eine neue Phase der Kreditvergabe an Afrika eingetreten ist, die durch

[rückläufige Großkredite und veränderte Kreditvergabepraktiken](#) gekennzeichnet ist. So liegen die Darlehensvergaben an Afrika zwei Jahre in Folge unter der Schwelle von zwei Milliarden US-Dollar. Auf die Export-Import Bank of China (CHEXIM) und die China Development Bank (CDB) entfielen 79 % der Darlehenszusagen für die Region, wobei 72% für wichtige Infrastrukturprojekte in den Bereichen Energie, Verkehr sowie Informations- und Kommunikationstechnologie bestimmt waren.

In Zukunft müssten die afrikanischen Staaten jährlich Finanzmittel in Höhe von jeweils mehr als 10 % des BIP aufwenden, um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Die Mobilisierung von Finanzmitteln und der Schuldenerlass standen daher ganz oben auf der Tagesordnung, als Regierungschef\*innen, darunter eine große chinesische Delegation, im September in Nairobi zum [Afrikanischem Klimagipfel](#) zusammenkamen. China könnte eine führende Rolle bei der Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung Afrikas übernehmen. Eine zunehmende Zahl von Ländern ist von Schuldenproblemen betroffen. China hat sich für erhebliche Kapitalerhöhungen bei der Weltbank und anderen Entwicklungsbanken eingesetzt, um die Kapitalkosten wieder zu senken und gleichzeitig mehr Zuschüsse für ärmere Länder bereitzustellen. Während China bei der Aussetzung der Schulden der am stärksten verschuldeten Länder führend war, hat es sich bei der Gewährung erheblicher Schuldenerleichterungen für Entwicklungsländer bisher zurückgehalten. Doch chinesische Investitionen bleiben nicht ohne Bedenken. So zeigt ein neuer [Bericht](#) der Boston University, dass viele von China finanzierte Projekte Umwelt- und Sozialstandards nicht einhalten und Rechte von Indigenen verletzt würden.

#### ZAHL DES MONATS

# 1 Billion Yuan

(129 Milliarden Euro) an neuen Schulden hat China aufgenommen, um seine Wirtschaft anzukurbeln.

# **AIB-Konferenz in Berlin**

Am 20. September 2023 warfen wir mit über 100 Konferenz-Teilnehmer\*innen einen kritischen Blick auf die ersten sieben Jahre der neuen multilateralen Investitionsbank Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) mit Sitz in Beijing. Neben der breiten Öffentlichkeit waren auch Vertreter\*innen politischer Stiftungen, von Ministerien wie dem BMZ, oder auch der AIIB anwesend. So nahmen der gesamte Stab des Beschwerdemechanismus der AIIB, Vertreter\*innen der Eurozone-Stimmrechtsgruppe sowie der Vizepräsident der Bank Ludger Schuknecht teil. Problematische Governancestrukturen der AIIB und schwerwiegende Verstöße gegen Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtstandards bei Projekten wurden thematisiert. Betroffene berichteten direkt von kritischen Projekten, die Zivilgesellschaft stellte Kriterien und Forderungen für einen effektiven Beschwerdemechanismus und die Governancestruktur der Bank vor. Unabhängig vom Ausgang, den die im nächsten Jahr anstehenden Überarbeitungen des Beschwerdemechanismus PPM und der Corporate Strategy bei der AIIB nehmen: Die Zivilgesellschaft hat auf dieser Konferenz klare Kriterien definiert und diese auch mit internationaler Expertise unterlegt.

## **Austausch mit der Eurozonen-Stimmrechtsgruppe der AIIB**

Ein Treffen von urgewald mit den europäischen Exekutivdirektor\*innen der Eurozonen-Stimmrechtsgruppe der AIIB führte zu erschreckenden Erkenntnissen: Die Exekutivdirektor\*innen finden die fortgesetzte Investition der AIIB in fossile Energieprojekte wie Bholra IPP und insbesondere die bewilligte Finanzierung des Neubaus des Gaskraftwerks Unique Meghnaghat IPP in Bangladesch unproblematisch. Auch die über den reformierten Accountability Framework ausgeweitete Macht des AIIB-Präsidenten, der nun über 50% aller Projekte ohne Beteiligung des Verwaltungsrates entscheiden kann, beunruhigte sie nicht. Erkannt wurde ebenfalls nicht, dass die Kategorisierung des Unique Meghnaghat-Projektes als an das Pariser Klimaabkommen ausgerichtet (Paris Alignment) problematisch ist. Das Gaskraftwerk wird dabei sogar als erstes Projekt nach der neuen Klima-Methodologie der Bank so eingestuft. Positiv war der geäußerte Wunsch nach der Corona-Pandemie wieder den regelmäßigen Austausch mit der Zivilgesellschaft aufzunehmen.

## **Die Jahrestagung der AIIB in Sharm El-Sheikh**

urgewald hat am 25. und 26. September zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen an der Jahrestagung der AIIB in Sharm El Sheikh teilgenommen. Die Reisebedingungen für viele aus der Zivilgesellschaft waren extrem schwierig. Trotzdem schaffte es eine Mutter zweier Söhne teilzunehmen, die von dem kontroversen India:Bangalore Metro Line 6-Projekt der AIIB betroffen sind. Sie konnte die negativen Auswirkungen dieses Projektes direkt gegenüber dem Präsidenten der Bank und dem Management darstellen. Die von Seiten der Bank in letzter Zeit stark intensivierte Bereitschaft zum Austausch mit der Zivilgesellschaft ist zwar zu begrüßen. Allerdings waren die vielen Treffen ihrer Substanz nach zu urteilen mehr als ernüchternd. Der neue Vorsitzende der Beschwerdeeinheit, Marvin Taylor-Dormand und andere Bankvertreter\*innen offenbarten ein erschreckendes Verständnis von der Rolle der Zivilgesellschaft. Demnach sei es in der Verantwortung der Zivilgesellschaft eine Beschwerde über problematische Projekte der Bank einzureichen, damit diese gelöst werden könnten. Dies offenbart nicht nur eine sehr herablassende und bevormundete Haltung, sondern ist schlichtweg auch falsch. Bisher hat die AIIB in ihrer siebenjährigen Geschichte keine einzige Beschwerde zugelassen und darüber hinaus auch alle von der Zivilgesellschaft zusammen mit Projektbetroffenen eingereichte Beschwerden abgewiesen. Auch auf alle anderen thematisierten Probleme bezüglich Governance-Strukturen oder Klimapolitik der Bank wurden Allgemeinplätze in teilweise vorgeschriebenen Antworten von Seiten der AIIB übermittelt. Damit kann die Teilnahme nur als Übung für die Öffentlichkeitsarbeit und somit als Farce betrachtet werden.

Alle drei Berichte erscheinen in Kürze auf unserer Webseite.



---

## Aus dem Archiv

### **Biodiversität und "Rote Linien" zur Erhaltung der Ökosysteme**

Ein chinesisches [Komitee zur Biologischen Diversität](#) (Committee on Biological Diversity of the Chinese Academy of Sciences) sammelt seit 2008 Daten über Arten in China. Nach der jüngsten Bewertung sind rund 10 % der „größeren Pflanzen“ und 22 % der Wirbeltiere vom Aussterben bedroht. Bei fast 500 Arten hat sich der Bedrohungsstatus inzwischen verringert. Eine leichte Verbesserung, doch der allgemeine Rückgang der biologischen Vielfalt konnte nicht umgekehrt werden. Um Ökosysteme zu schützen und die Biodiversität wiederherzustellen, hat das chinesische [Ministerium für Naturre Ressourcen](#) am 22. April, dem Tag der Erde, bekannt gegeben, dass China die Abgrenzung gewisser Gebiete durch ökologische „rote Linien“ abgeschlossen hat. Diese roten Linien umfassen mindestens 3,15 Millionen Quadratkilometer. Das sind 30% der gesamten Landfläche Chinas plus 150.000 Quadratkilometer Meer. Der Umfang der geschützten Flächen steht im Einklang mit dem [Biodiversitätspakt](#), der Ende letzten Jahres in Montreal vereinbart wurde. Ziel ist bis 2030 30% der weltweiten Land- und Meeresfläche zu schützen. Diese roten Linien werden jedoch nicht strikt eingehalten, denn Aktivitäten wie die kommerzielle Forstwirtschaft und die Ausbeutung von Bodenschätzen sind innerhalb dieser Gebiete weiterhin erlaubt.

### **Politische Spannungen in Taiwan**

Der Besuch einer chinesischen Delegation in Taiwan im Februar dieses Jahres führte zu [innenpolitischen Spannungen](#). Der Termin wurde von Bürgermeister Chiang Wan-an, Mitglied der oppositionellen Kuomintang-Partei (KMT), arrangiert. Mitglieder der regierenden Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) warfen Chiang vor, den Besuch geheim gehalten zu haben und Ergebnisse des Treffens vor der DPP und der Öffentlichkeit fernzuhalten. Die KMT strebt traditionell engere Beziehungen zur chinesischen Regierung an, und ihr stellvertretender Vorsitzender Andrew Hsia besuchte kürzlich Beijing. Hsia wurde für seinen zehntägigen Besuch kritisiert, der zweite seit einem umstrittenen Besuch kurz nach den chinesischen Militärübungen. Diese waren auf den Besuch von US-Politikerin Nancy Pelosi in Taiwan hin im vergangenen Jahr abgehalten worden. Der KMT wird bei den Präsidentschaftswahlen in Taiwan im Jahr 2024 eine Chance eingeräumt, wieder an die Macht zu kommen. Auch der [Besuch](#) von Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) in Taipeh im März sorgte für Aufregung. China nannte die erste deutsche Minister\*innenreise nach Taiwan seit 26 Jahren einen „ungeheuerlichen Akt“. Stark-Watzinger und der taiwanische Wissenschaftsminister Wu Tsung-tsong unterzeichneten eine Vereinbarung zur Forschung und Technologie, die unter anderem die Zusammenarbeit in der Batterieforschung, bei sogenanntem grünem Wasserstoff und Halbleiterforschung beinhaltet. Die chinesische Regierung forderte Deutschland daraufhin auf sich an das Ein-China-Prinzip zu halten, da nach chinesischer Ansicht Taiwan, Hongkong und Macau Teil des chinesischen Staatsgebiets sind.



# Spenden

Wir haben in Fonds von Deka Investment Rüstungsschmieden und Klimakiller-Konzerne wie Rheinmetall, Northrop Grumman, Uniper oder RWE gefunden. Fordern Sie gemeinsam mit uns: Deka Investment, keine Investitionen in Rüstung und Kohle!

[Jetzt spenden](#)

## Tipps am Rande

### Video SKY: Cheng Lei speaks out in first interview since China release

Über drei Jahre verbrachte die Journalistin Cheng Lei wegen Vorwurfs des Geheimnisverrats in chinesischer Haft. Sechs Monate davon in Einzelhaft. In diesem Video gibt sie ihr erstes Interview seit ihrer Freilassung.

### Video Arte: Zwangsarbeit - SOS aus China

Die Reportage gewährt Einblicke in chinesische, fabrikähnliche Gefängnisse. Ein Schwangerschaftstest aus einer Pariser Apotheke enthält einen in die Packung geschmuggelten Brief eines politischen Häftlings. Er beschreibt die Zwangsarbeit, die er in dem Gefängnis leistet, wo der Test hergestellt wurde. Die Filmemacherin begibt sich auf die Suche nach dem Verfasser des Briefs.

### Podcast ARD: Konflikt im Nahen Osten: Wie neutral ist China wirklich?

China positioniert sich seit einigen Jahren als neue Supermacht - das zeigt sich auch im Nahen Osten. Mit Israel, den arabischen Staaten und Iran pflegt China enge wirtschaftliche und politische Beziehungen. Im Konflikt zwischen Israel und Palästina sieht sich China als „neutraler Vermittler“.

urgewald e.V.  
Nora Sausmikat  
Von-Galen-Str. 4  
48336 Sassenberg  
Deutschland

[chinadesk@urgewald.org](mailto:chinadesk@urgewald.org)  
<https://www.urgewald.org/>

Wenn Sie diese E-Mail (an: [unknown@noemail.com](mailto:unknown@noemail.com)) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.